

Arbeiterstimme

Zugabezeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Dresden

1. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 5. August 1925

Nummer 96

Der Steuerbetrug im Reichstage

Die SPD. stimmt gegen die gänzliche Beseitigung der Umsatzsteuer — Ablehnung sämtlicher kommunistischen Anträge — Schutz für die Steuerdrückeberger

Bei den Beratungen der Steuervorlage im Reichstage stand am Montagabend die Umsatzsteuer im Mittelpunkt der Diskussion. Die Kommunisten hatten beantragt, diese umsatzsteuernde Steuer zu beseitigen. Sie begründeten ihren Antrag nicht nur mit der Wirkung dieser Steuer auf den proletarischen Haushalt, sondern auch damit, daß sie die deutsche Wirtschaft ungemein schädigt. Die Kommunisten forderten durch ihren Redner das Verhalten der Sozialdemokraten, die die Beseitigung dieser Steuer ablehnten. Trotz dem haben die Kommunisten, nachdem ihre Anträge auf Beseitigung dieser Steuer abgelehnt waren, für die Abänderungsanträge dieser Partei gestimmt.

In dem Nachmittagsstunden fand die Abstimmung um die Umsatzsteuer statt, die jetzt eine Stunde dauerte. Die letzte Zeit wurde dazu verwendet, die Abänderungsanträge der Kommunisten zur Abstimmung zu bringen. Immer wieder hob sie: „Die Abgeordneten Höller, Neubauer und Genossen haben beantragt...“ Aber auch genau so oft erhob sich nur die kommunistische Fraktion für die kommunistischen Verbesserungsanträge.

Die Sozialdemokraten stimmten mit dem Votum der Steuerdrückeberger.

Für die Kommunisten sprach

Genosse Neubauer zur Umsatzsteuer

Ich stelle fest, daß die Regierung auch über die Argumente der bürgerlichen Opposition, der Demokraten, mit einer eleganten Handbewegung hinweggeht. Sie hält es nicht für notwendig, über Maßnahmen zu verhandeln, die in einer Einkommenssteigerung der Reichswirtschaft resultieren. Ein Zwölferauschuss des Reichswirtschaftsrates sagt in einer Entschließung über diese Steuer: 1. erschwert sie die Ausfuhr, ohne deren Steigerung die deutsche Wirtschaft nicht leben kann; 2. wirkt sie gleichzeitig als eine Einkommenssteuer; 3. fördert sie die vertikale Konzentration, d. h. die Verdrängung der deutschen Wirtschaft, und zwar besonders bedenklich dadurch,

daß vielfach Scheinunternehmungen lediglich zur Vermeidung der Umsatzsteuer geschaffen werden.

Zu diesen drei Punkten kommen noch weitere. Bleiben wir aber einmal dabei, so wird damit nur bestätigt, daß die Umsatzsteuer eine außerordentlich verzerrende der gesamten Produktion bedingt.

Die gesamte Produktion wird außerordentlich verteuert und der Wettbewerb der deutschen Industrie im Ausland erschwert. Die Kaufkraft sinkt, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, Schutzzölle und besondere Exportprämien. Besonders gefährlich ist mit diesem Argument ihre Forderung auf Herabsetzung der Zölle und die Verlängerung der Arbeitszeit. Die Umsatzsteuer ist aber eine der schlimmsten Hemmnisse für diesen Wettbewerb.

Sie verteuert die Inlandsprodukte und wirkt für die wertvolleren Auslandsprodukte als Einfuhrprämie. Schon aus diesen beiden Gründen ist ihre Beseitigung nötig.

Aber dazu kommt noch ein Moment, das in dem Gutachten des Reichswirtschaftsrates vergessen ist: Die Umsatzsteuer wirkt produktionshemmend. Dadurch verdrängt sie die vorhandene Produktion und Abstriche, damit verdrängt sie zugleich eine neue Steigerung der Erwerbsfähigkeit für Jahrsausende von Arbeitern.

Dieses letzte Moment, das die Arbeiterinteressen angeht, berührt häufig der Reichswirtschaftsrat und die Kapitalisten nicht. Auch von den bürgerlichen Parteien wird hervorgehoben, daß die Umsatzsteuer langenschnelld wirkt. Auch der Reichswirtschaftsrat stellt fest, daß ebenso zu dem Zweck, den Staat um die Steuer zu betrügen, Scheinunternehmen geschaffen wurden, die es ermöglichen, die Umsatzsteuer zu sparen und den Staat selbst einzustehlen.

Die Konzerne, die die Umsatzsteuerfreiheit haben, haben nur kein Interesse daran, daß die Steuer aufgehoben wird, denn so lange sie besteht, wirkt sie für die nichtkonzentrierten Industrien verteuern und wird die Preise der Produkte steigern.

Wenn die Steuer nach dem Vorschlag der Regierungsparteien um ein Viertel Prozent herabgesetzt wird, so wird das keine Senkung der Preise bringen, sondern nur eine Steigerung des kapitalistischen Profites gestatten. Wir haben die Regierung gefragt, welche Kontrollmaßnahmen sie ergreifen wird, um die Steuer ohne Antwort gelassen. Das, was zur Herabsetzung der Preise führen kann, die freie Konkurrenz, ist heute in der deutschen Wirtschaft zu 98 Prozent ausgeschaltet.

Wir werden den Verbesserungsanträgen der Demokraten und Sozialdemokraten zustimmen, nicht deshalb, weil wir davon eine Verbesserung erhoffen, sondern weil eine solche Ermäßigung der Steuer die Spanne zwischen den Kapitalisten und den zu beschuldigten Steuerdrückeberger etwas größer macht.

In diesem Zusammenhang verweisen wir darauf, daß im Jahre 1922 die Regierung zugegeben hat,

daß 40 Prozent der von den Konsumenten gezahlten Umsatzsteuer nicht abgeführt wurde.

Wir fragen die Regierung: Hat sie Feststellungen darüber getroffen, wieviel jetzt hinterzogen wird, und weiter: Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu treffen, um diese Steuerhinterziehungen zu bekämpfen?

Wir haben weiter den Antrag gestellt, die sogenannte Luxussteuer, die nichts anderes ist als eine erhöhte Umsatzsteuer auf die Verfeinerungsindustrie, zu beseitigen. Weiter wenden wir uns gegen die Einbeziehung der Hebammen und Ärzte in die Umsatzsteuer. Denn dann, wenn die Proletarierfamilie die Hebamme bzw. den Arzt in Anspruch nehmen muß, wird sie aufs schlimmste getroffen. Gleichfalls wenden wir uns gegen die Besteuerung der Arzneimittel. Die Besteuerung des Umlages der Handelsvertreter ist eine doppelte Besteuerung. Wir lehnen diese Besteuerung wie auch das lahme Kompromiß, das die Regierungsparteien vorschlagen, ab.

Genosse Hoerle sprach dann für die Befreiung der Konsumgenossenschaften und der landwirtschaftlichen Genossenschaften von der Umsatzsteuer.

In den Abstimmungen wurden alle Anträge zur Kapitalversteuerung, die von den Oppositionsparteien eingebracht waren, abgelehnt.

Ebenfalls wurden die Abänderungsanträge zur Umsatzsteuer abgelehnt, auch der kommunistische Antrag auf Beseitigung dieser Steuer.

Desgleichen wurde der kommunistische Antrag auf Befreiung der Konsumgenossenschaften von der Umsatzsteuer abgelehnt. Bei der Luxussteuer wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß hochwertigste Qualitätsarbeit gelohnt werden soll. Dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Luxussteuer stimmten nur die Demokraten zu. Dasselbe Bild zeigte sich bei der Frage der Offenlegung der Steuerlisten. Nur ein Antrag der Demokraten, der den Veranlagungsausschüssen bei den Finanzämtern die Einsichtnahme in das Veranlagungsergebnis gewährleistet, wurde angenommen.

Die Verbrauchssteuern beschlossen

Berlin, 5. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Reichstage wurde Dienstag die Beratung der Steuervorlage fortgesetzt. Es wurden die Bier- und Tabaksteuer, sowie Verbrauchssteuern auf Zucker, Salz, Zündhölzer, Wein, Spielkarten angenommen. Alle Anträge der Kommunisten, die für Beseitigung dieser Steuern eintraten, wie auch die Anträge auf Sicherung der Erträge der durch die Steuermaßnahmen erwerblos werdenden Bauernarbeiter wurden abgelehnt. Die Reichstagsmehrheit hofft, Mittwoch mit der zweiten Lesung der Steuervorlage fertig zu werden. Am Donnerstag soll dann die Frage der Ausweitung des Polens behandelt werden, am Freitag die dritte Lesung der Steuervorlage. Danach zweite Lesung der Zollvorlage. Die Reichstagsparteien planen auch für den kommenden Sonntag eine Sitzung.

Der Rechtsausschuss beendete die erste Lesung des Amnefstegesetzes, ohne daß irgendwelche Verbesserungen vorgenommen wurden. Zweite Lesung Donnerstag. Es ist noch nicht zu übersehen, welche Verschleppungsmanöver mit der Amnestievorlage noch vorgenommen werden, da erst mit der dritten Lesung im Hinblick die zweite Lesung im Reichstagsplenum vorgenommen wird. Dies soll dann, wie bisher verläuft, nach Erledigung der Zollvorlage an die Reihe kommen.



Schwarzgelb-geldene „Steueropposition“.

Die Polizeiaktion im Reichstag

Von Ruth Fischer.

Die Regierungsmehrheit ist fest entschlossen, unter allen Umständen Steuer- und Zollgesetze durchzusetzen. Die Hindenburg-Amnestie — großartig versprochen beim Amtsantritt des „Retters“ — wird immer weiter verschleppt. Aber die Parlamentarier wollen ins Bad und toben über die Opposition, die sie daran hindert, ihren Steuer- und Zollraub möglichst rasch und geräuschlos unter Dach zu bringen.

Die SPD. hat vor fünf Wochen in ihrem Offenen Brief an den ADGB und die SPD. ein Aktionsprogramm gegen den Zollwucher der Hindenburg-Luther-Regierung nicht verhindert werden. Die gemeinsame Aktion des proletarischen und der Arbeiterfront ist das Gebot der Stunde. Die Offensive der Unternehmer scheitert fort — die monarchistische Gefahr ist nur scheinbar zurückgetreten. Die Reaktionskräfte warten nur auf die Erledigung ihrer Wirtschaftspläne, und sie werden dann aufs neue vorstoßen.

Die Polizeiaktion im Reichstag war ein Symbol des Zustandes, wie er heute in Deutschland ist. Die Ausweitung des Dawesplanes ist nicht der „gesicherte Wirtschaftstag“, das „garantierte Existenzminimum“ und der Restfrieden, wie uns der SPD.-Gesandter Rudolf Hilferding unaufhörlich versichert hat. Alle Lasten des Dawesplanes auf die Schultern des Proletariats! Das ist das wahre Gesicht des Dawesplanes. Aber die Arbeiterklasse kann sich dagegen zur Wehr setzen! Die Luther-Hindenburg-Regierung ist keineswegs allgütig im Satze, die politischen und wirtschaftlichen Schamlosigkeit, die deutschen und internationalen, sind für die deutsche Bourgeoisie zu groß. Im Augenblick, in dem die Arbeiter in roter Front zusammenstehen werden, von diesem Augenblick an wird sich die Lage ändern...

Bei der schamlosen Polizeiaktion im Reichstag blieb ein großer Teil der SPD.-Fraktion im Saale und protestierte gemeinsam mit den Kommunisten gegen den Terror der Regierungsmehrheit. Schon vorher mißbilligte sie in der Abstimmung über die Verkürzung der Arbeitszeit der Kaufmann Herrmann Müller, der im Verteilungsausschuss der durch technischen Versehen in Abwesenheit der Kommunisten tagte, der Verkürzung der Arbeitszeit über die Steuergeige zugestimmt hatte. Wir wissen nicht, ob diese Verkürzung eines Teiles der SPD.-Fraktion nur eine momentane Gefühlsauswallung war oder ob sie bei einem Teil der SPD. nicht doch die Erkenntnis Bahn drückt, daß die Kommunisten ein besserer Aktionsgenosse sind wie der Reichsbannerkommandant Ratz, dessen Partei jetzt alle Steuern und Zölle bewilligt, trotz der offenen Rebellion eines großen Teiles der Zentrumsarbeiter.

Es gibt zwei Grundfragen, über die wir uns mit Max Gerdwin und Genossen nie einigen werden — die Frage des Weges zur Macht, ob durch „Demokratie“ (plus Schupo und Reichswehr!) oder durch offenen Kampf gegen die Bourgeoisie. Und die Frage, ob man die SPD. „von innen“ aus einer Partei der Bourgeoisie wieder zu einer proletarischen Partei „umwandeln“ könne. Daran glaubt ja auch keiner von den „Linken“! Sie wissen alle nur zu genau, daß sie den Parteiparat nie aus den Händen der Herrmann Müller, Weis, Hilferding und Co. entziehen werden. Hilferding wird das zu bald erweisen. Und darin, über diese Frage die Proleten zu täuschen, insbesondere in Sachsen, den wahren Charakter der SPD. durch „Stabilität“ zu verleiern — darin besteht ja das Hauptverbrechen der Linken in der SPD.

Aber warum trotz dieser unüberbrückbaren Differenzen nicht jetzt, in der Gegenwart, gemeinsame Massenaktionen gegen die Kapitaloffensiven? Warum nicht gemeinsame Opposition in den Gewerkschaften in Sachsen, die in den Händen der Rechten sind? Warum die Hege gegen Sowjetrußland?

In diesen Tagen fahren die Arbeitsdelegationen aus Rußland zurück. Wir hoffen, daß nach dem ADGB-Kongress in Breslau die Arbeiterorganisationen nach breiter Delegationen hinsenden. Sowjetrußlands Proletariat ist bereit, jeden SPD.-Arbeiter, den kein Betrieb, keine Gewerkschaft delegiert, zu empfangen. Bist du nicht doch jemand den Mut haben, auf diese offene Anfrage offen zu antworten! So wäre es der Zeit.

Stellt die Hege gegen Sowjetrußland ein! Sie steht nur den Hindenburg-Luther-Herrmann Müller und Co. Gemeinsame rote Front im Reich, in der Sowjetunion gegen die Kapitaloffensiven und die monarchistische Reaktion!

